



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/132

20. Oktober 1948

Der Schachzug mit der Räumung

P.R. "Sollten die Russen wirklich mit der Zurückziehung ihrer Armeen aus Ostdeutschland beginnen bzw. den Vorschlag zur Zurückziehung aller alliierten Armeen machen, so dürften Marshall und Bevin zweifellos entschieden aus dem Gleichgewicht geworfen und ernstlich in Verlegenheit gebracht werden. Es könnte dies das entscheidende Ereignis in dem sogenannten kalten Krieg um das Schicksal Europas sein. Diejenige Seite nämlich, die zuerst ihren militärischen Rückzug vorschlägt, wird nicht nur in Deutschland, sondern auch in Osteuropa und in den meisten anderen Ländern einen bedeutenden politischen Vorteil über die Seite erringen, die sich einem Rückzug entgegensetzt."

Das schrieb dieser Tage in der "New York Herald Tribune" Walter Lippmann. Lippmann, der einen grossen Namen in der internationalen Publizistik zu behauptet hat, pflegt mit ungewöhnlichen Einfällen und Argumenten zu glänzen, die freilich oft etwas verkrampft und originalitätsstüchtig wirken. Mit der zitierten Äusserung freilich bewegt er sich auf der entgegengesetzten Linie eines politischen Gemeinplatzes. Das durchsichtige Spiel der Russen mit der Räumung ist seit langem bekannt. Der ostdeutsche Volksrat hat bereits in aller Form darauf angespielt und was das bedeutet, weiss man allmählich. Auch der Besuch von John Foster Dulles in Deutschland soll vor allem dem Zweck gegolten haben, sich ein persönliches Bild über die möglichen Folgen eines solchen russischen Vorschlages, der allgemein für die Zeit nach der amerikanischen Präsidentenwahlen erwartet wird, zu machen.

Im Gegensatz zur Meinung Lippmanns brauchten Marshall und Bevin, so sollte man meinen, sich nur dann durch den russischen Vorschlag "aus dem Gleichgewicht geworfen" fühlen, wenn sie befürchten müssten, der Sinn der russischen Absicht würde nicht überall klar erkannt. Heute aber weiss jedermann, was dahinter steckt, es sei denn, er habe sich seit Jahren um nichts in der Politik gekümmert.

28. Oktober 1948

Jedermann weiß, dass in der Ostzone ein Heer von zweihundert- bis vierhunderttausend Mann aufgestellt und darüber hinaus auch eine politische, pseudodeutsche Machtorganisation mit diktatorischem Charakter installiert wird, die, wenn die Russen formell ihre Truppen zurückziehen sollten, als Statthalterin der Sowjets zu fungieren hätten. Angesichts der vollkommenen politischen Abhängigkeit von Moskau würde ein solcher Rückzug de facto auch nicht über die Oder-Neiss-Linie hinausgehen.

Jedermann weiß weiter, dass es für die Amerikaner und die Engländer heller Wahnsinn wäre, ihrerseits vielleicht wegen eines solchen russischen Vorschlages ernsthaft die Absicht zu haben, sich auf die Insel jenseits des Kanals oder in das Land jenseits des Atlantiks zurückzuziehen oder auch nur sich auf Stützpunkte in Frankreich und den Benelux-Staaten zu beschränken. General Clay hat erst kürzlich in einer Pressekonferenz erklärt, die westlichen Alliierten dächten nicht daran, sich aus Westdeutschland zurückzuziehen, solange nicht ein wirklich dauerhafter und durch die Verhältnisse garantierter Frieden in Europa geschaffen sei. Auch das sehr weit gediehene Projekt eines Militärbündnisses der Länder der Westunion mit den USA und Kanada würde durch einen militärischen Rückzug aus Westdeutschland weitgehend entwertet. Unter diesen Umständen wird auch in Deutschland niemand den Wunsch haben oder nur erwarten, dass die Alliierten wegen eines Betrugsmanövers der Russen, das an Plumpheit sich mit allen früheren sehr wohl messen kann, abziehen - die Kommunisten vielleicht ausgenommen. Im Gegenteil: man würde wahrscheinlich Verständnis dafür haben, wenn die westlichen Alliierten die neueste Entwicklung nicht unbeantwortet liessen, sondern nach den Grundsätzen und mit den Mitteln ihrer Politik entsprechende Gegenmassnahmen in die Wege leiteten. General Robertson hat freilich das Bestehen solcher Absichten soeben in Berlin verneint.

Die These Lippmanns, dass derjenige, der sich zuerst aus Deutschland zurückzieht, in jedem Falle einen bedeutenden Vorteil habe, ist also ein grundlegender psychologischer Irrtum. Das könnte nur der Fall sein, wenn ein entsprechender russischer Schritt als eine ehrliche Massnahme angesehen würde. Dass das nirgends geschieht, dafür hat die russische Politik selbst gesorgt.

Sozialistischer Sieg in Indochina

sp. Bei den Kommunalwahlen der französischen Kolonie Indochina erzielten die Sozialisten einen überwältigenden Erfolg. Von den 16.000 Wählern in Pondichery gaben 60 Prozent ihre Stimme ab, von denen sich 95 Prozent für die sozialistische Partei entschieden. In Karikal fielen sämtliche Sitze an die sozialistische Partei. (w/B65/2910/2/he)

Ist Stalins Machtstellung erschüttert?

B.K. Stockholm, im Oktober

Eine Reihe von ausländischen Zeitungen hat infolge der mehrmals geänderten Haltung der russischen Regierung in den Verhandlungen mit den drei Westmächten gemeldet, dass im Kreml ein heftiger Machtkampf tobe und dass die herrschende Stellung Stalins erschüttert sei. Diese Russlandkenner behaupten, dass im Politbüro eine Kriegs- und Friedenspartei vorhanden seien. Stalin sei der Führer der Friedenspartei, während die Kriegspartei früher von A. Schdanow, nach seinem Tode aber vom Parteisekretär und stellvertretenden Ministerpräsidenten G. Malenkow, dem Wirtschaftsführer A. Voznesenski und dem Kriegsminister Generaloberst N. Bulganin geleitet werde. Im Hintergrunde sollen noch einige einflussreiche Persönlichkeiten ausserhalb des Politbüros stehen, in erster Reihe Wjatschinsky und die Marschälle Konjew und Rokossowsky. Stalin habe sich mit den Westmächten einigen wollen, sei aber mindestens in vier Sitzungen des Politbüros überstimmt worden, obwohl ihn diesmal der sonst unachgiebige Molotew unterstützt habe. Die inneren Machtverhältnisse im Kreml hätten sich radikal verändert. Manche ausländische Zeitungen haben sogar die Frage aufgeworfen: wird die Kriegspartei Stalin ausschalten?

Frägt man nach der faktischen Grundlage dieser Informationen, dann erfährt man, dass die Sitzungen des Politbüros zwar geheim sind, aber die Nachrichten sickerten eben doch durch. Die Züricher "Weltwoche" meinte sehr einfach: "Was 14 Männer wissen, wissen im allgemeinen auch ihre 14 Privatsekretäre und die Frauen der Männer und die Frauen der Privatsekretäre". Diese reizende und leichtfertige Erklärung widerspricht ganz den wirklichen Verhältnissen im Kreml. Über die Sitzungen des Politbüros darf und wird nichts weder an die Frauen, noch an die Sekretäre mitgeteilt werden. Mitteilung von Debatten und Beschlüssen des Politbüros, der faktischen Regierung der Sowjetunion, wird als Landesverrat betrachtet und dafür steht das Höchstmass der Strafe. Die besten Kräfte des MGB, des Ministeriums für Staatssicherheit, sorgen unablässig dafür, dass nicht die geringste Nachricht über die geheimen Verhandlungen des Politbüros nach aussen dringt. Man erkennt die russische Diktatur vollkommen, wenn man blosser Mutmassungen oder Gerüchte über angebliche Meinungsverschiedenheiten im Politbüro wohlbegründet weitergibt.

Das Politbüro ist von Stalin selbst zusammengesetzt und er hat ausschliesslich seine treuesten Anhänger in diese allmächtige Parteileitung wählen lassen. Die 14 Mitglieder des Politbüros sind Männer, welche jahrelang überprüft wurden. Sie sind getreue Helfer Stalins, alle jünger als er und verdanken allein ihm seine Karriere. Schon der Gedanke, dass diese Kreaturen Stalins gegen ihn selbst auftreten könnten, ist wirklichkeitsfremd.

Ebenso unreal ist das Gerücht von der "Überstimmung Stalins" im Politbüro. Die Zeiten, da man gegen Stalin zu stimmen wagte, endeten vor etwa zwanzig Jahren. Heute wird in keiner Instanz der kommunistischen Partei mehr über verschiedene politische Vorschläge abgestimmt, denn es gibt solche einfach nicht, am allerwenigsten im Politbüro, wo Stalin selbst das Wort führt. Hat Stalin seine Meinung geäußert, dann wagt niemand gegen ihn aufzutreten, geschweige denn zu stimmen! Gerade die Mitglieder des Politbüros wissen am besten, was ihnen in einem solchen Falle drohte. Natürlich können gewisse Meinungsschwattierungen vorkommen, aber nur, solange die Haltung Stalins noch nicht festgelegt und bekannt ist. Hat aber der allmächtige Diktator seine Meinung geäußert, dann ist damit jede Frage endgültig entschieden. Männer wie Woznesenski und Bulganin, welche auch als "Stalin-Gegner" genannt werden, gehören übrigens nicht zur leitenden Garnitur der russischen Staatsmänner. Sie sind nur Kandidaten des Politbüros. Gerade sie haben am wenigsten je als eine eigene Meinung gehabt. Wischinsky darf wohl in Abwesenheit von Molotow gegen die Westmächte auf verschiedenen Konferenzen schimpfen, faktisch ist er aber nur eine abhängige und ausführende Beamtensfigur. Dieser Renegat hat nie eine selbständige Rolle gespielt, er ist stets einer der grössten Kriecher gewesen. Dass Wischinsky heute die sowjetische Delegation in Paris führt, bedeutet nicht im geringsten den Sieg einer angeblichen "Opposition gegen Stalin" im Politbüro. Es beweist vielmehr, dass die Sowjetregierung den gegenwärtigen Verhandlungen der Vereinten Nationen keine entscheidende Bedeutung beimisst und daher Molotow in Moskau behält.

Die Marschälle aber sind von der politischen Leitung immer ausgeschaltet gewesen. Auch Kriegsminister Bulganin ist faktisch ein Zivilist, er war nur während des zweiten Weltkrieges zum Titular-General ernannt worden. Es ist direkt gefährlich für einen Marschall, sich mit anderen als rein militärischen Dingen zu befassen. Sie werden am stärksten von der MGB beobachtet.

Es liegt keine Ursache vor, der Version über die Machtkämpfe im Kreml und die erschütterte Stellung Stalins Glauben zu schenken. Vielmehr muss man annehmen, dass die veränderte Haltung der sowjetischen Vertreter während der letzten Verhandlungen in Moskau und Berlin auf eine Änderung der Auffassung von Stalin selbst beruht. Nicht das Politbüro hat Stalin "niedergestimmt", sondern man hat wahrscheinlich dort später beschlossen, die ursprüngliche versöhnliche Haltung gegenüber den Westmächten aufzugeben und zu versuchen, von ihnen mehr zu erpressen. Das Geheimnis der Moskauer und Berliner Verhandlungen ist also sehr einfach und man wird gut tun, es nicht mit sensationellen Machtkampfgerüchten erklären zu versuchen. Joseph Stalin ist noch immer der einzige und unbeschränkte Diktator über die 200 Millionen Sowjetbürger.

Vergisst man das Wichtigste?

Wir veröffentlichen folgende Zuschrift zu den Beratungen in Bonn, auch wenn wir mit ihr nicht in allen Punkten übereinstimmen. (Die Red.)

Als das Londoner Kommuniqué am 7. Juni 1948 bekanntgegeben wurde, war es trotz mancher Einwände schnell klar, dass der erste Schritt zur Selbständigkeit Deutschlands von den westlichen Alliierten getan war. Sie waren bereit, deutsche Politiker an die Hebel der Maschine heranzulassen und man hätte meinen können, diese Chance würde mit beiden Händen ergriffen. Das geschah aber nicht, zumindest nicht in dem gewünschten Umfang. Man scheint zu vergessen, dass auf dem Wege zur deutschen Selbständigkeit eine deutsche Regierung das Wichtigste ist.

In der gemeinsamen Empfehlung der Westmächte heisst es, das deutsche Volk solle die Freiheit erhalten, die es ihm ermögliche, "eine regierungsmässige Verantwortung soweit zu übernehmen, wie sie mit den Mindestanforderungen der Besatzung und der Kontrolle vereinbar ist, und die es ihm auch ermöglichen wird, die volle Verantwortung zu übernehmen."

Inzwischen hat sich der Gegensatz zwischen Ost und West, der Ausgangspunkt der Londoner Beschlüsse, weiter verschärft, jene Entwicklung, die bewies, wie sich der "News Chronicle" ausdrückte, dass für Deutschland "wieder die Geschichte begann". Vielleicht darf man heute, vier Monate nach jener denkwürdigen Erkenntnis, sagen, dass die Deutschen diese Tatsache mehr ignorierten als es ein de Gaulle oder Molotov jemals erwarten konnten. Die Aufregung, die damals in den Kreisen des französischen Generals gezeigt wurde und das Geschrei aller kommunistischen Gefolgsmänner der Ostzone hätten die deutschen Politiker aufhorchen lassen und sie davon überzeugen können, dass die Schaffung einer deutschen Regierung die weitaus wichtigste Aufgabe des Augenblicks ist.

Die Londoner Vereinbarungen empfahlen die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung vor der Wahl einer deutschen Regierung. An den Deutschen hätte es gelegen, diese Voraussetzung so schnell wie möglich zu schaffen. Es wird in Bonn zweifellos viel praktische Arbeit für eine zukünftige Verfassung geleistet, aber man verliert sich zu sehr in zeitraubende Einzelheiten. Selbstverständlich gehört es zu den Schicksalsfragen des deutschen Volkes, wie gross der Demokratiegehalt seines Staatsgrundgesetzes wird, aber jedermann weiss, wieviel Theorie eine Verfassung enthalten kann, und Demokratie wird nicht ausschliesslich durch Paragraphen erworben.

Wichtiger sind im Augenblick Fragen der Demontagepolitik, der Besatzungskosten, des wirtschaftlichen Potentials, der Gleichberechtigung oder des Friedensvertrages. Hier liegen die wichtigsten Aufgaben.

Oktober 1948

deutscher Staatsmänner, und nur eine von ~~ganzen~~ Willen des Volkes getragene deutsche Regierung wird sie mit Aussicht auf Erfolg in Angriff nehmen können und wird als Vertreterin deutscher Interessen bei den Verhandlungen mit der Gegenseite über das notwendige Gewicht verfügen.

Der Nationaldemokrat

sp. Es entsprach bekenntlich einem dringenden Bedürfnis weiterer Kreise der "volksdemokratischen Bevölkerung", als in der Ostzone die Nationaldemokratische Partei und die Deutsche Bauernpartei gegründet wurden. Was der Einheitspartei allein nicht glückte, die an sich schon saame CDU und LDP der Ostzone vollends zu zersetzen, das sollten diese neuen "Parteien" schaffen. Bei den Nationaldemokraten sammelten sich spontan die früheren Nationalsozialisten letzter Garnitur und höchster Prominenz aus den Reihen des in Moskau dressierten schwarz-weiß-roten "Nationalkomitees Freies Deutschland". Damit aber auch nichts schief geht, hat man sich kommunistischerseits gut gesichert: in der "National-Zeitung" der NDP und in den Landesvorständen sitzen altbewährte kommunistische Funktionäre. Vorsitzender der NDP für das Land Mecklenburg ist laut mehrfachen Mitteilungen der russisch-lizenzierten Presse Ministerialdirektor J. Lühr, Schwerin. Er war bis 1933 ein bekannter Kommunist in Hamburg, emigrierte dann mit seiner Familie nach Russland und war bei Moskau in einem industriellen Grossbetrieb als leitender Wirtschafts-Funktionär tätig. 1945 exportierte ihn die Sowjetunion nach Mecklenburg, wo ihm ein komfortables Haus im kommunistischen Villenviertel der Stadt zur Verfügung gestellt wurde nebst einflussreichem Amt in der Landesverwaltung, die auch um seine Ehefrau in gleicher Stellung als Ministerialdirektorin bereichert ist.

Zwei Schlappen der Saarkommunisten

-isch, Saarbrücken

Die Kommunisten an der Saar haben in diesen Tagen zwei schwere Schlappen hinnehmen müssen: es ist ihnen nicht gelungen, die saarländischen Bergarbeiter in die französische Streikbewegung einzubziehen, ferner ist einer ihrer führenden Männer, der Landtagsabgeordnete Karl Hoppe, aus der Partei ausgetreten.

Die Saarbergarbeiter stehen, da das Saarland wirtschaftlich an Frankreich angeschlossen ist, vor den gleichen Schwierigkeiten wie ihre Kollegen in Frankreich. Ja, die Situation ist vielleicht in mancher Hinsicht noch schlechter, denn das französische Bergarbeiterstatut, das ihnen versprochen worden war, ist bis heute noch nicht im Saarland eingeführt. Die Gewerkschaft des Saarlandes hat sich mit den allgemeinenlohnpolitischen Forderungen ihrer französischen Kameraden solidarisch erklärt und versprochen, keine

"Streikbrecherkohle" zu liefern, aber zu einem kommunistischen Agitationsstreik haben sich die Saarkumpel nicht hergegeben. Die Beratungen der Behörden und der Gewerkschaftsfunktionäre gehen in einer ruhigen, von keiner politischen Agitation erregten Atmosphäre weiter.

Die Saar-Regierung hat inzwischen einige wesentliche Zugeständnisse gemacht. Das hat den Kommunisten das Konzept gründlich verdorben.

Der zweite schwere Schlag, den sie hinnehmen mussten, war der Austritt des Abgeordneten Hoppe aus der KP. Karl Hoppe ist der Vorsitzende der saarländischen Kriegsopferversorgung. Seine sozialpolitische Tätigkeit und offene Kritik im Landtag hat, da sie sachlich gehalten war, weit über den kleinen Kreis der Saarkommunisten Zustimmung gefunden. Die Kriegsopfer haben Hoppe aufgefordert, sein Landtagsmandat beizubehalten. Karl Hoppe, der übrigens erst 1945 in der Emigration von der SPD zur KPD übertrat und im befreiten Frankreich sich für die deutschen Kriegsgefangenen einsetzte, hat in einem ausführlichen Brief an die Presse seine Gründe für den Austritt aus der KP bekanntgegeben. Darin stellt Hoppe fest, dass die KP geistig und materiell nicht unabhängig sei. Wer die Oder-Neisse-Linie anerkenne, könne nicht im Westen an der Saar von Unrecht sprechen. Die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in Russland sprächen einem sich sozialistisch nennenden Staat Hohn und die KZ's in der Ostzone seien Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Hoppes Entschluss hat bei den Saarkommunisten erhebliches Aufsehen erregt, zumal Hoppe, wie gesagt, zu den besonnenen und sachlich arbeitenden Elementen in der Partei gehörte.

Die Krise im französischen Zeitungswesen

A.F. Das Zeitungsterben dauert in Frankreich fort. Die sehr hochstehende, politische Wochenschrift "Une Semaine dans le Monde", die von der Tageszeitung "Le Monde" herausgegeben wurde, musste ihr Erscheinen einstellen. Die Abendzeitung "Intransigeant", gaullistischer Tendenz, ist ihrerseits in dem politisch gleichgerichteten Blatt "Paris Presse" aufgegangen, von dem sie bereits vorher finanziell abhing. - Auf dem linken Flügel des Pressewaldes kam es zu einer Aufsehen erregenden Umschichtung. Der bisher stark kommunistisierende "Franc-Tireur" sollte ganz ins Fahrwasser der Kominform gezogen werden, wogegen sich die Mehrheit seiner Gesellschafter und Redakteure zur Wehr setzte. Die kommunistische Minderheit, darunter eine Reihe von ehemaligen Sozialisten, die aus der Partei ausgeschlossen worden war, fand sofort einen vorher klugerweise vorbereiteten Unterschlupf in der Zeitung "Libération", die ein gutes, ziemlich unabhängiges Informationsorgan war und sich jetzt langsam, aber sicher in eine gemäßigtere Ausgabe der kommunistischen "Humanité" verwandeln wird.